Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 35 (1943)

Heft: 3

Artikel: Die Zukunft der Internationalen Organisation der Arbeit

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353111

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gung vor allem nötig war, in erster Linie Agitator, sondern Organisator und Unterhändler ist und dem eben darum grosse Sach- und Fachkenntnis eigen sein muss, wenn er seine Aufgabe mit Erfolg erfüllen will.

Dies hat Martin Meister getan, und deshalb geziemt es, dankbar des Wirkens von Martin Meister zu gedenken und dem früh entrissenen Kollegen ein ehrendes Gedächtnis zu bewahren.

Die Zukunft der Internationalen Organisation der Arbeit.

Wenn auch die Uebersiedelung des Internationalen Arbeitsamtes (IAA.) von Genf nach Montreal als blosse Sicherheitsmassnahme und Sitzverlegung bezeichnet werden kann, so hat dieser Schritt, der zu einem Zeitpunkt erfolgte, wo viele von vielen Fest- und Durchhalten erwarteten, doch mehr als eine administrative Bedeutung erhalten, und zwar schon deshalb, weil die Entfernung, die gestern kein Problem war, heute eben wieder eine sehr grosse Rolle spielt. Sie hat zur Folge, dass die zahlreichen sehr nützlichen Arbeiten des IAA., auch wenn sie tunlichst und mit Beschleunigung nach Europa gesandt werden, vielleicht mancherseits und mancherorts mit weniger Interesse zur Kenntnis genommen werden, als wenn das IAA. an seinem angestammten Platz geblieben wäre, der allerdings heute nicht mehr die Mitte der Welt bedeutet, jedoch sicherlich jene Mitte zwischen den Kriegführenden darstellt, die einer internationalen Institution vielleicht am besten angemessen wäre.

Wie dem auch sei, auf alle Fälle haben wir uns bis jetzt bemüht, dem IAA. gerecht zu werden und es nicht aus den Augen zu verlieren. In der Juni/Juli-Nummer 1942 befasst sich ein Abschnitt des Artikels « Was kommt nach dem Kriege? » mit der Sozialpolitik der Nachkriegszeit und damit auch sehr eingehend mit dem IAA. In der Januar-Nummer 1943 ist das vierte Kapitel von « Bilanz 1942 » wiederum den Problemen des IAA. gewidmet. Wenn wir den betreffenden Abschnitt hier noch einmal wiedergeben, so deshalb, weil er zeigt, dass die Gewerkschaften die Probleme, die auch heute wieder die Diskussion um die Internationale Organisation der Arbeit beherrschen, schon vor der Gründung des IAA. nach dem letzten Kriege richtig eingeschätzt haben.

« Es ist zu erwähnen », so heisst es in dem besagten Abschnitt abschliessend, « dass sich auch das Internationale Arbeitsamt mit Nachkriegsproblemen befasst, wobei es jedoch bis jetzt nicht zur Aufstellung eines konkreten Planes gekommen ist. In einem Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes heisst es in diesem Zusammenhang, dass die Behandlung der Probleme des Friedens

und Wiederaufbaus innerhalb des IAA. ‚kaum begonnen habe'. Wenn auch zwischen den drei Gruppen des IAA. (Regierungen, Unternehmer, Arbeiter), so heisst es weiter, ‚weitgehende Uebereinstimmung über die Notwendigkeit besteht, noch vor Kriegsende die Grundprinzipien aufzustellen, nach denen die soziale und wirtschaftliche Welt von morgen sich entwickeln soll, um die Wiederholung des gesellschaftlichen Chaos und der Wirtschaftskrisen zu verhindern, die mit ihren Folgen einer neuen Massenarbeitslosigkeit erneut zum Krieg führen müssen', so bestehe doch auch heute noch ‚keine Einigkeit über den Weg, den diese Grundprinzipien nehmen sollen'. ‚Noch viele Diskussionen werden nötig sein', so sagt das ‚Bulletin' des Internationalen Gewerkschaftsbundes, ‚um Uebereinstimmung in wesentlichen Punkten der Nachkriegsentscheidungen zu erreichen'. Eine der Hauptforderungen des IAA. scheint in der Richtung der Erweiterung seiner Kompetenzen zu gehen, und zwar besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, da selbst sozialpolitische Forderungen letzten Endes nur erfüllt werden können, wenn die wirtschaftliche Lage und die wirtschaftliche Ordnung die nötigen materiellen Voraussetzungen schaffen. Dies gilt insbesondere bei der während dieses Krieges von den Kriegführenden für die Werktätigen in Aussicht gestellten ‚sozialen Sicherheit', die letzten Endes die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und die Gewährleistung eines anständigen Lebensstandards erheischt.

Die Gewerkschaften waren sich schon während des letzten Krieges darüber klar, dass ein Internationales Arbeitsamt und der Völkerbund die ihnen damals übertragene Aufgabe der Befriedung und sozialen Angleichung der Welt nur auf Grund bindender Beschlüsse erfüllen können. In einer von der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern im Jahre 1919 an die Arbeiter aller Länder gerichteten Proklamation wurde deshalb ausdrücklich gesagt: ‚Aus diesem internationalen Parlament (das IAA., d. V.) sollen nicht nur internationale Konventionen ohne Rechtskraft, sondern internationale Gesetze hervorgehen, die vom Augenblick ihrer Annahme an dieselbe Rechtskraft haben wie nationale Gesetze. Diese Auffassung der Rolle des internationalen Arbeitsparlaments bedingt eine internationale gesetzgebende Gewalt, die zum Wohl der Völkerliga geschaffen wird, das heisst eine internationale Souveränität.' Demgegenüber muss festgestellt werden, dass IAA. und Völkerbund nie mehr als vorwiegend beratenden Charakter hatten, was insbesondere zum vollen Misserfolg des Völkerbundes beigetragen hat. »

Diesen Problemen gelten auch die nachstehenden Ausführungen, die uns in freundlicher Weise von einer Gruppe ehemaliger Mitarbeiter des IAA. zur Verfügung gestellt worden sind und die wir schon deshalb gerne wiedergeben, weil sie mehr sagen als in dieser Zeit der Gebundenheiten von offizieller und offiziöser Seite des IAA. gesagt werden könnte:

«Der umfassende wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau, der dem Krieg folgen muss, weist den Lösungen der Probleme der Beschäftigung und des internationalen Austausches im Rahmen der neuen Organisation des Friedens eine ausserordentliche Bedeutung zu.

Welche Rolle wird hierbei der Internationalen Arbeits-Organisation (IAO.), wie sie durch die letzten Friedensverträge auf die Beine gestellt worden war, zukommen? Wird sie ein massgebendes Wort mitzusprechen haben? Wird sie in der alten Form fortbestehen, oder wird sie umgebildet und erweitert werden? Wird sie vielleicht überhaupt verschwinden, um einer völlig neuen Institution Platz zu machen? Oder wird sie am Ende die moralische und politische Krise überstehen, die sie veranlasste, Genf zu verlassen und nach Montreal zu übersiedeln?

Alle diese Fragen wird endgültig erst der Ausgang des Krieges beantworten, weshalb sie zunächst ruhig beiseite gelegt werden können. Aber angenommen, dass der Ausgang des Krieges der IAO. erlauben wird, ihre frühere Rolle wieder fortzuführen — wie stellt sich diese ihre Zuständigkeiten vor und welchen Platz gedenkt diese dann einzunehmen? Wir haben nicht die Absicht, die hier aufgeworfenen Probleme zu lösen. Wir wollen lediglich zeigen, in welcher Richtung sich die Tätigkeit der IAO. bewegen müsste, um ihre Aufgabe mit Erfolg zu erfüllen. Zu diesem Zwecke seien hier die hauptsächlichen Ursachen der Schwäche der IAO., so wie sie heute noch besteht, kurz untersucht.

Die Ursachen der Schwäche.

Zweifellos waren diejenigen, die der IAO. seinerzeit ihre Verfassung gegeben haben, hinsichtlich der Mittel, mit der diese ihre Aufgaben verwirklichen sollte, viel zu optimistisch. Tatsächlich ist die Beseitigung von Unrecht, Not und Elend, durch die der Weltfrieden ständig gefährdet wird, von folgenden zwei Voraussetzungen abhängig:

1. Es muss in jedem Staat ein ausreichendes Volkseinkommen bestehen, um den auf seinem Gebiet wohnenden Menschen zufriedenstellende Lebensbedingungen zu sichern.

2. Es muss dieses Volkseinkommen gerecht verteilt werden.

Was die erste dieser Voraussetzungen angeht, so hat die IAO. ihre Untersuchungen niemals nach der Seite der Existenz bzw. der Schaffung eines genügenden Volkseinkommens ausgedehnt. Wurden solche Untersuchungen von anderer Seite, wie beispielsweise dem Völkerbund, in die Wege geleitet, dann sind ihnen niemals praktische Massnahmen von wirklicher Bedeutung gefolgt. Tatsächlich wurde die Arbeit der IAO. stets durch die Beschränkung auf das rein soziale Gebiet beeinträchtigt, wenn nicht gar kompromittiert. Offenbar ging man bei der Gründung der IAO. von der Annahme aus, dass der alte Wirtschaftsliberalismus wie-

der funktionieren werde. Es entsprach dem Gedankengang der Vorkämpfer dieser Wirtschaftsform, dass der freie Verkehr von Menschen und Dingen schon von selber die Erzielung eines Maximums an Produktion bewirke. Demgemäss — so folgerten die Anhänger des Wirtschaftsliberalismus weiter — würden die Volkseinkommen ohne alles weitere Zutun einen Höhepunkt erreichen und konnte die Aufgabe der IAO. darauf beschränkt werden, einzig und allein darüber zu wachen, dass die Verteilung dieser Einkommen im Innern der verschiedenen Staaten gleichmässig erfolge.

Indessen hat sich die Anwendung des Wirtschaftsliberalismus in der Praxis immer an der Schwierigkeit, wenn nicht der Unmöglichkeit gestossen, dass ein Land ohne weiteres die Konkurrenz eines billiger produzierenden Landes ertragen konnte. Der Wirtschaftsliberalismus setzt sowohl für die Nationen als für die Individuen eine Gleichheit der Produktionsbedingungen voraus, die in Wirklichkeit kaum anzutreffen ist. Da sich in den letzten Jahrzehnten die Schärfe der internationalen Konkurrenz infolge der Entwicklung einer billigen Massenproduktion in Gebieten, die vor dreissig oder vierzig Jahren auf dem Weltmarkt keinerlei Rolle spielten, bedeutend zuspitzte, verstärkte sich jedoch auch die natürliche Tendenz zur Schutzzollpolitik allein schon auf Grund der Entstehung neuer Produktionszentren, die über eine vollkommene technische Ausrüstung, billige Arbeitskräfte, nicht minder billige Transportwege und bisweilen ausserdem über eine elastische, d. h. schrumpfende Währung verfügten.

Zu diesen Ursachen des Versagens des Wirtschaftsliberalismus haben sich in den Jahren vor dem Krieg neue auflösende Faktoren gesellt: vor allem ein verbitterter politischer Nationalismus, der in die Autarkie oder doch in Versuche hierzu selbst in Gebieten ausmündete, wo die durch die Natur des Bodens, des Klimas und den Mangel an Ausrüstung gebotenen Produktionsmöglichkeiten nur mit Mühe die hauptsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen können.

Die Folgen dieser Entwicklung sind zu bekannt, als dass es notwendig wäre, sie hier des langen und breiten zu schildern. Ganz allgemein mussten die Völker, die angehalten wurden, selber durch ihre Arbeit die Gegenstände und Lebensmittel zu erzeugen bzw. zu ersetzen, die im Ausland in Fülle existierten, aber die um jeden Preis, sei es aus Gründen wirtschaftlicher Unabhängigkeit im Falle von Konflikten (kriegswirtschaftliche Autonomie), sei es, um einen künstlichen Ausgleich für die Verengerung der Absatzgebiete auf dem Weltmarkt zu schaffen, auf eigenem Territorium gewonnen werden sollten, eine Senkung ihres Lebensstandardes in Kauf nehmen. Es ist wahr, dass diese Senkung infolge der gleichzeitigen Entwicklung und Vervollkommnung des Maschinismus, der industriellen und — in begrenzterem Umfang — der landwirtschaftlichen Technik, teilweise verhüllt wurde. Aber wenn der Uebergang von einer Wirtschaft, die grossenteils auf der internationalen Arbeits-

teilung beruht, zu einer zerstückelten Wirtschaft, deren verschiedene Teile sich um jeden Preis selber zu genügen suchen, nicht überall unheilbare Störungen herbeigeführt hat, dann ist er darum nicht weniger für die Zuspitzung der Arbeitslosigkeit und für die meisten monetären Schwierigkeiten verantwortlich, die in fast allen Ländern die Existenzbedingungen breiter Volksschichten so nachhaltig beeinflusst haben. Wohl konnte die hierdurch herbeigeführte Störung in einigen Staaten, die hinsichtlich der Verteilung ihres Reichtums besonders begünstigt waren, oder die gleichzeitig über eine beträchtliche Ausrüstung und eine aussergewöhnlich arbeitsame und disziplinierte Bevölkerung verfügten, ohne allzu grosse Mühe wieder ausgeglichen werden. Im ersten Falle hielt sich die aus der Schliessung der ausländischen Absatzgebiete herrührende Arbeitslosigkeit in verhältnismässig engen Grenzen, und im zweiten Falle konnte sie durch die Ingangsetzung von Arbeiten von allgemeinem Interesse bzw. neuer, für den Binnenmarkt oder selbst zum Export bestimmter Produktionen in der Form von Tanks, Flugzeugen, Bomben, Torpedos und andern Instrumenten der «Zivilisation» eingedämmt werden.

Uebrigens darf man nicht vergessen, dass selbst im günstigsten Falle die Anpassung von Schwierigkeiten monetärer Art begleitet war. Der freiwillige oder unfreiwillige Versuch der einzelnen Staaten, eine grösstmögliche Unabhängigkeit von den Auslandsmärkten zu erreichen, und die Vormachtstellung, die dadurch dem Binnenmarkt eingeräumt wurde, hatten eine ebenso bedeutende als plötzliche Entfaltung der nationalen Wirtschaft zur Folge. Das musste notwendigerweise monetäre Störungen herbeiführen. Tatsächlich wurden so grosse Umstellungen im Produktions- und Verteilungsapparat notwendig, dass jede Hoffnung, sie ohne grosse Schwierigkeiten für viele ausserordentlich wichtige Unternehmungen durchzuführen, ausschied. Da es nun meistens unmöglich war, diese Unternehmungen ihrem Schicksal zu überlassen, schon weil deren Zusammenbruch grosse Störungen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge gehabt hätte, wurden die öffentlichen Finanzen aufs stärkste angespannt. Dies zu einer Zeit, wo die Staatseinnahmen infolge des verminderten Geschäftsganges stark rückläufig waren, so dass die Zuflucht zu monetären Manipulationen sich sowohl durch den Umfang als den Charakter der Krise geradezu aufdrängte.

In dieser Entwicklung lagen aber auch wieder die Keime ernsthafter Konflikte. Nicht dass diese den gegenwärtigen Krieg unvermeidlich gemacht hätten. Die Aufsaugung der Arbeitslosigkeit erforderte nicht unbedingt die Fabrikation von Waffen, und die Zwangsmassnahmen, zu denen man auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Währung greifen musste, wären zweifellos weniger fühlbar gewesen, wenn sie nicht in eine Atmosphäre heftiger internationaler Spannungen gefallen wären. Immerhin hätten die wirtschaftlichen Erschütterungen, die in den zehn oder zwölf Jahren vor Kriegsausbruch erfolgt sind, auch unabhängig von der Atmosphäre,

in der sie sich abspielten, sowohl für die Individuen, als für die Unternehmungen einschneidende Wirkungen, wie Kürzung der Verdienste und der Profite, Einschränkung der individuellen Freiheit u. dergl. bedingt. Auch Ausweitungen des Kredites und Geldabwertungen erhoben sich zum Zwang. Jedenfalls führte, wie die Dinge einmal lagen, von der Kontrolle der Währungen bis zur Forderung nach einem «Lebensraum» ein sehr viel kürzerer Weg, als man allgemein glaubte.

Auf die Arbeitsmethoden der IAO. blieb all dies ohne irgendwelchen Einfluss. Auch im Jahre 1939 verharrte man dort noch an dem gleichen Punkt, wo man zwanzig Jahre vorher begonnen hatte, indem man meinte, dass ein Informationsdienst über Arbeitsbedingungen und die Aufstellung von Richtlinien und Regeln zum Schutze der Arbeiter das Maximum dessen sei, was man von der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik erwarten könne. In Wirklichkeit war dies nicht ein Maximum, sondern ein Minimum, und zwar ein Minimum, von dem man in guten Treuen fragen darf, ob dessen Resultat auch im günstigsten Falle die dafür aufgewendeten Mühen rechtfertige. Wie ohne weiteres einleuchtet, hat ein noch so gut ausgebauter Informationsdienst nur einen sehr begrenzten Wert und kann darum die Existenz einer so umfassenden Institution wie der IAO. allein unmöglich rechtfertigen. Ebenso hat das systematische Studium der sozialen Probleme bzw. die Ausarbeitung von Lösungen nur für jene einen Wert, die in der Lage sind, daraus praktischen Nutzen zu ziehen. Leider war das Arbeitsamt nie imstande, auch nur im geringsten auf die Bedingungen einzuwirken, in denen sich die durch die von ihm studierten Sozialprobleme am meisten berührten Staaten befinden.

Es wäre natürlich abwegig, wollte man der IAO. aus dieser Ohnmacht einen Vorwurf machen. Diese war ihr von ihren Vätern aufgezwungen. Die IAO. hat wohl alles getan, was mit den ihr eingeräumten, mehr als dürftigen Mitteln geschehen konnte. Eine andere Frage ist es, ob das mittelmässige Ergebnis ihrer Anstrengungen die IAO. nicht längst hätte dazu bestimmen sollen, die Lehre aus den gemachten Erfahrungen zu ziehen, die Ursachen ihrer Schwäche zu untersuchen und nach Lösungen Ausschau zu halten, die es gestattet hätten, dieser Schwäche Herr zu werden.

Auch darf man nicht so weit gehen, überhaupt die gesamten Verrichtungen der IAO. als wertlos abtun zu wollen. Sicher entbehrten die publizistischen Dienste nicht eines gewissen Interesses, nur war deren Einfluss auf den sozialen Fortschritt entweder sehr gering oder doch sehr fraglich. Namentlich ist anzunehmen, dass die Internationalen Arbeitskonventionen schon durch den Wetteifer, zu dem sie in vielen Ländern Anstoss gaben, aber da und dort wohl auch durch die verursachte Angst, allzu schreiende Missstände öffentlich angeprangert zu sehen, zur Verbesserung des Arbeiterschutzes beigetragen haben. Im selben Sinne dürfte ge-

wirkt haben, dass dadurch den interessierten Kreisen eine Fülle zweckdienlicher Informationen über Arbeiter-Schutzmassnahmen und dergleichen zur Verfügung gestellt wurde. Aber wie dem sei: auch hier stand das bestenfalls erreichte Resultat in einem schreienden Missverhältnis zu den gemachten Anstrengungen. Wie oft musste nicht eine Lokomotive geheizt werden, um auch nur einige Schaufeln Kohlen zu transportieren! Aber konnte es angesichts der Mittel, über die die IAO. nun einmal verfügte, anders sein? Offenbar nicht. Dazu waren die Verhältnisse der Wirtschaft, die ja schliesslich die Grundlagen allen sozialen Fortschritts bilden, ihrem Einfluss viel zu sehr entzogen.

Es ist eben bis auf den Tag allzu sehr übersehen worden, dass jedes fruchtbare Wirken auf dem Gebiete der Sozialpolitik zumeist auch ein Eingreifen auf wirtschaftlichem Gebiet voraussetzt. Um zu verhindern, dass eine Massnahme, die zum Schutze der Arbeiter bestimmt ist, am Ende in ihr Gegenteil umschlage, muss man sich im vornherein fragen, welche möglichen Auswirkungen diese auf das Preisniveau, auf den Arbeitsmarkt und auf die Tätigkeit der verschiedenen Industriezweige haben kann. Und zwar stellt sich dieses Problem zugleich vom nationalen als vom internationalen Gesichtspunkt. Ehe man dazu übergeht, für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens oder für die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft in einem bestimmten Lande zu sorgen, muss man wissen, ob das Nationaleinkommen des betreffenden Landes ausreichend ist, um den auf diesem Territorium lebenden Menschen das angestrebte Lebensniveau zu sichern. Man muss auch zumeist prüfen, ob und inwieweit die Wirtschaft des betreffenden Landes über Anpassungsmöglichkeiten an die neuen Lasten verfügt.

Da eine solche Anpassung endgültig nicht durch blosse Erhöhung der Preise, Senkung der Löhne oder der Profite zu erreichen ist, führt sie häufig zu einer Vervollkommnung der Produktionsmethoden und einer rationelleren Anwendung der Arbeitskraft. Mit andern Worten: jede irgendwie nennenswerte wirkliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen beschleunigt den technischen Fortschritt, sowohl hinsichtlich der Verwendung von Menschen als von Maschinen. Da nun der technische Fortschritt weit mehr als eine Aenderung in den Gewohnheiten des Konsums Arbeitslosigkeit bewirkt, wird damit unter der Annahme einer gleichbleibenden Produktion infolge verschlossener Absatzmärkte, sofort die Frage nach der Wiederbeschäftigung der «freigesetzten», d. h. durch die neuen Produktionsverfahren überflüssig gewordenen Arbeitskraft aufgeworfen. Im Grunde genommen läuft so jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf die Verursachung von Arbeitslosigkeit hinaus, wenn sie nicht von einer Erweiterung der Absatzmärkte für die erzeugten Produkte und also neuen Beschäftigungsmöglichkeiten begleitet ist.

Daraus ergibt sich wieder, dass eine der hauptsächlichen Aufgaben jedes sozialpolitischen Organismus darin zu bestehen hätte,

die Tätigkeiten ausfindig zu machen, die die Verwendung der verfügbaren Arbeitskraft mit dem grösstmöglichen Nutzen gestatten. Das aber führt sofort zu der Erkenntnis, dass die Grenzen der Möglichkeiten sehr bald erschöpft sind, wenn man davon ausgeht, dass die Lösung in nationalem Rahmen gesucht werden muss. Einige wenige Länder ausgenommen, die über eine vollkommene technische Ausrüstung sowie die erforderlichen Rohstoffe verfügen, stösst die Entwicklung der Produktion auf autarkischer Grundlage sehr bald auf Grenzen, die nicht zu überspringen sind, wenn die aufgewendeten Mühen nicht in ein Missverhältnis zu dem erreichten Resultat geraten sollen. So ist es unsinnig, in normalen Zeiten synthetische Treibstoffe zu fabrizieren, die den natürlichen qualitativ nachstehen und gleichwohl das zwei- und dreifache kosten. Auch die Beschäftigung der verfügbaren Arbeitskräfte bei öffentlichen Arbeiten, die Schaffung von Arbeitslagern u. dgl. sind nur Hilfsmittel, deren Anwendung zudem begrenzt ist. Selbst angenommen, dass die Zuflucht zur Autarkie unter gewissen Umständen für das betreffende Land nutzbringend sein könnte, führt sie nichtsdestoweniger zu Störungen des Austausches, für die kaum ein Ausgleich gefunden werden kann, und wird so zur Ursache von Arbeitslosigkeit für alle Produzenten, namentlich diejenigen des Auslandes, die vorher die betreffenden Produkte ausgeführt haben, und deren Absatzmärkte nunmehr ganz oder teilweise verschlossen sind.

In Wirklichkeit besteht das Problem darin, die durch irgend einen Grund verfügbar gewordenen Arbeitskräfte dadurch zu beschäftigen, dass der Austausch mit dem Ausland gesteigert wird, oder dass man die Auswanderung vernünftig organisiert. Was die letztere Lösungsmöglichkeit angeht, so ist zu sagen, dass das Internationale Arbeitsamt hierzu eine ganze Reihe von Arbeiten veröffentlicht hat und dass es sogar die Internationale Arbeitskonferenz zur Annahme verschiedener Konventionen und Empfehlungen veranlasst hat. Aber auch diese Arbeiten hatten das gleiche Schicksal wie die meisten andern: sie blieben auf dem Papier stehen und änderten in Wirklichkeit an den Tatsachen nicht das geringste.

Was hat zu geschehen?

Ohne dass man sich einem übertriebenen Optimismus hingibt, darf man annehmen, dass der Zwang, die durch den Krieg zerstörten Lager wieder herzustellen, die an Menschen und Gütern begangenen Schäden zu reparieren, dem Dahinschmelzen der Ersparnisse und anderen Folgen der Abwertung zu begegnen, und schliesslich gewisse Industrien auf neue Bedürfnisse umzustellen, dazu führen wird, dass die sich ergänzenden Wirtschaften untereinander sich irgendwie verständigen. Diese durch die Umstände erzwungene Zusammenarbeit kann jedoch nur dann fruchtbringend und vor allem dauerhaft sein, wenn sie von solchen Bedingungen

der Arbeit und des Lebens begleitet sein wird, die den gerechten Anforderungen der betreffenden Bevölkerung entsprechen. Auch werden die Erhaltung des Friedens und die Fernhaltung drohender Sozialkonflikte grossenteils davon abhängig sein, in welchem Umfang es gelingt, den Arbeitern nicht nur tragbare, sondern sich ständig verbessernde Arbeitsbedingungen zu sichern. Das ist nur durch eine ununterbrochene Fortbildung der Sozialpolitik möglich, die aber ihrerseits wieder aufs engste an eine gesunde Organisation der internationalen Wirtschaftspolitik und an eine rationelle Koordination des technischen und sozialen Fortschritts gebunden ist.

Die Rolle, die einem internationalen sozialpolitischen Organismus zufallen würde, könnte darum sehr beträchtlich sein, vorausgesetzt — das versteht sich von selbst — dass dessen Kompetenzen eben nicht auf «soziale Probleme» beschränkt werden, wie diese bisher definiert worden sind, sondern dass er Teil einer Wirtschaftsorganisation ausmacht, die den Fortschritt und die von allen Kriegführenden verkündete Hebung des Lebensniveaus ermöglicht. Demgemäss besteht der Bericht, den der interimistische Direktor des Internationalen Arbeitsamtes im Oktober 1941 der Internationalen Arbeitskonferenz vorgelegt hat, in dem der Zukunft des Amtes gewidmeten Kapitel auf der Notwendigkeit, dass der kommenden Internationalen Arbeitsorganisation die Möglichkeit gegeben werden muss, ihre Stimme auch an den Stellen zu erheben, die für die Gestaltung der Nachkriegswirtschaft massgebend sein werden. Diese Forderung wurde auf einer im April 1942 in London veranstalteten Konferenz wiederholt und näher präzisiert. Sicher handelt es sich hierbei um eine Haltung, die nicht absolut neu ist. Tatsächlich war die IAO. seit der Brüsseler Konferenz im Jahre 1920 im Schosse verschiedener internationaler Wirtschaftskonferenzen, die unter den Auspizien des Völkerbundes in langer Reihe abgehalten worden sind, vertreten. Aber man weiss auch, worin die Resultate dieser Konferenzen bestanden haben, und es ist erst seit einigen Monaten, dass die IAO. unter dem Drucke der Umstände, offiziell das Recht verlangt, auf dem Gebiete der Wirtschaft mitzusprechen und mitzubestimmen. Diese jetzt geltend gemachte Forderung ist zugleich ein Eingeständnis der früheren und der jetzigen Ohnmacht der IAO.

Was nun die gesteckten Ziele angeht, so sind der Bericht des interimistischen Direktors sowie die in London geführten Debatten sehr bestimmt: es werden die hauptsächlichen Aufgaben aufgezählt, die in der Nachkriegszeit durch die IAO. zu lösen sind. Auch wird gezeigt, dass einige dieser — wie beispielsweise die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Verteilung der Kapitalien und der Arbeitskraft zwecks Ausnutzung der noch wenig entwickelten Gebiete — ein direktes Eingreifen in die internationalen Austauschbeziehungen notwendig machen. Ferner wird darauf bestanden, dass wenigstens bestimmte Gebiete einer internationalen Autorität zu

unterordnen sind, die den Auftrag hat, gewisse, dem Allgemeininteresse dienende Regeln festzusetzen und ihnen Achtung zu verschaffen. Schliesslich werden die Methoden skizziert, auf Grund derer die IAO. mit denjenigen Behörden zusammenarbeiten könnte, die dazu ausersehen sind, wirtschaftliche Fragen zu regeln.

Anderseits wird keine Andeutung gemacht über die Struktur des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems. Auch ist nicht näher ausgeführt, wie man sich die Unterordnung nationaler Behörden unter eine obere Autorität im einzelnen vorstellt. Zweifellos ist es noch verfrüht, sich eine genaue Meinung von den Methoden zu machen, die sich im Hinblick auf die Zukunftsaufgaben aufdrängen. Schliesslich genügt es ja auch nicht, dass die Kriegführenden eine derartige Koordination in ihr Programm aufnehmen, sondern kommt es nicht weniger darauf an, ob sie diese im gleichen Geiste und zum Wohle der gleichen Personengruppen durchführen. Würde freilich die Achse den Sieg davontragen, dann stände es ausser Frage, dass die IAO., so wie man sie vor dem Kriege gekannt hat, einer vollständig neuen, ganz den Wünschen der Sieger entsprechenden Institution Platz zu machen hätte. Und im Falle eines Kompromisses müssten an der früheren Organisation weitgehende Veränderungen vorgenommen werden, damit sie als Zentrum der Zusammenarbeit unter den früheren Kriegführenden dienen kann. Ja, es ist sogar fraglich, ob im Falle eines russo-angloamerikanischen Sieges, zu dem Sowietrussland einen entscheidenden Teil beigetragen hätte, viel von der früheren Genfer Institution in die Verfassung einer neuen, umgebildeten und, wie wir hoffen, verjüngten Internationalen Arbeits-Organisation übergehen würde. Von allem scheint nur so viel gewiss, dass die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Nachkriegszeit eine der entscheidenden Aufgaben aller dem Wiederaufbau dienenden Institutionen bilden werden.

Wenn nun aber auch alle Versuche, sich eine genauere Vorstellung von den Zukunftsorganen zu machen, verfrüht erscheinen, so wäre es immerhin doch interessant und vielleicht auch nützlich, wenn die Auffassungen, von denen die IAO. wünschte, dass sie auf dem Gebiete der Wirtschaft zur Herrschaft gelangen, näher präzisiert würden. Das wäre auch darum notwendig, weil es nur so gelingen kann, in den Massen den Glauben an eine bessere Zukunft zu erwecken. Es genügt nicht, dass man sagt, die Arbeitslosigkeit müsse beseitigt und die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben werden. Auch mit der Garantierung eines Mindestlohnes ist nicht viel anzufangen ... Es sind schon zu viele Versprechungen dieser Art gemacht worden, die dann nicht gehalten worden sind. Es ist notwendig, zugleich zu sagen, auf welchem Wege und durch welche Aenderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur man sich die Erfüllung vorstellt. Soweit wir wissen, sind derartige Aenderungen bisher noch nicht skizziert worden, so dass man sich wohl einen ungefähren Begriff von den wirtschaftlichen Plänen der Achse und

Japans, nicht aber der Gegenseite machen kann. Man darf sogar bezweifeln, ob solche überhaupt existieren.

Die Pläne der Achse hinsichtlich Europa sind verhältnismässig einfach. Das System der dirigierten Wirtschaft, das sich in Deutschland und Italien in so starker Anwendung befindet und auch auf die von ihnen besetzten Länder ausgedehnt worden ist, würde beibehalten und weiter entwickelt werden. Jedes Land — oder Gebiet — würde Auftrag erhalten, diejenigen Lebensmittel, Waren und Gegenstände zu fabrizieren, für die es am besten geeignet und ausgerüstet ist. Deutschland und Italien würden es übernehmen, einen Plan der Produktion und der Verteilung auszuarbeiten und dessen Durchführung zu überwachen. Losgelöst von Aussenmärkten, würden sie über ein Import- und Export-Monopol verfügen. Da sie darüber hinaus die Schlüsselindustrien und die hauptsächlichen Produktionen kontrollieren, wie dies schon heute in den von ihnen besetzten oder politisch beherrschten Ländern der Fall ist, stände ihnen auch die Verteilung der Rohstoffe und der notwendigen Lebensmittel an jedes, ihrer Union einverleibte Land — oder Gebiet — zu. Ein solches System der Produktion und der Verteilung würde ohne Zweifel eine Regulierung der Arbeitsbedingungen und der Lebenshaltung in ganz Europa erlauben. Auch könnten Deutschland und Italien auf diese Weise mit Leichtigkeit direkt die Produkte und Lebensmittel beschlagnahmen, die den den Besiegten auferlegten Lasten entsprechen. Selbst wo eine derartige Erhebung als nicht wünschenswert angesehen würde, würden die Kontrolle der Preise und die Festsetzung der Währungsparität der belasteten Länder vollkommen genügen, um den Eingang der Forderungen sicherzustellen.

Natürlich kann man über eine derartige Organisation verschiedener Meinung sein, je nachdem, ob man vom Standpunkt der beherrschenden oder der beherrschten Mächte ausgeht. Auch mag man darüber streiten, ob die Schaffung eines solchen Verhältnisses zwischen Siegern und Besiegten vertreten werden kann. Indessen hat diese Organisation einen Vorteil: sie ist klar und man kann sich eine ziemlich greifbare Vorstellung von der Art und Weise, sowohl ihres Funktionierens, als ihrer möglichen Folgen machen.

Was haben die Gegner der Achsenmächte solchen Plänen entgegenzustellen? Wohl spricht die Atlantic-Charter von dem freien Zugang zu den Rohstoffen und der Hebung der Lebenshaltung aller Völker im Rahmen der Freiheit und der Sicherheit. Das sind Prinzipien, von denen man aber gerne wissen möchte, wie sie verwirklicht werden können. Tatsächlich setzt ihre Verwirklichung die Lösung von vier grossen Problemen voraus, die untereinander aufs engste zusammenhängen: Währung, Wiedergutmachung der an Menschen und Gütern begangenen Schäden, Organisation des internationalen Austausches, politische Verfassung der verschiedenen nationalen Gemeinwesen.

Von allen diesen Problemen hat lediglich dasjenige der W i e -

dergutmachung den Gegenstand etwas näherer Erklärungen seitens der englischen und amerikanischen Staatsmänner gebildet: die übrigen drei Probleme sind bisher in Dunkel gehüllt geblieben.

Das dringendste aller Probleme ist zweifellos das der Währung. Die Welt befindet sich augenblicklich mit verschwindenden Ausnahmen in einer Periode allgemeiner Inflation. Allerdings werden deren Wirkungen teilweise neutralisiert durch eine Kontrolle der Preise sowie auf der Seite des Dreimächtepakts durch die Ausbeutung der besetzten Länder, die es ihnen ohne weiteres erlaubt, gewaltige Mengen, sowohl an Konsumgütern als an Kriegsmaterial, zu erwerben. Diese Zustände können jedoch nicht unendlich fortdauern, wenigstens nicht, wenn man von den Voraussetzungen der vereinten Nationen ausgeht.

Was wird am Ende der Feindseligkeiten geschehen? Wie können die verheerenden Folgen eines steilen und fast unbegrenzten Aufstiegs der Preise verhindert werden, wenn man das eiserne Korsett, in dem heute die Wirtschaft steckt, sprengen will? Selbst bei Beibehaltung des gegenwärtigen Systems würde der Uebergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft — oder besser der Wiederaufbau-Wirtschaft — auch im günstigsten Falle gerade nur erlauben, durch eine Steigerung der Produktion die Preise auf dem Niveau zu erhalten, das sie bei Ende der Feindseligkeiten erreicht haben werden. Es wäre in diesem Moment möglich, den Währungen durch entsprechende Operationen eine neue Grundlage zu geben, sei es, indem man eine Neuaufteilung des Goldes vornimmt, was wenig wahrscheinlich ist, sei es, indem man eine «Standard-Währung» ins Leben ruft, sei es, indem man beide Systeme miteinander verbindet. In diesem Falle würde es gelingen, teilweise die Folgen der während des Krieges eingetretenen Inflation zu vermeiden, und die Inhaber fixer Einkommen — die Rentner und Pensionenbezüger — würden nicht, wie dies in den Jahren 1922—1923 in Deutschland der Fall war, etwa allein die finanziellen Lasten des Krieges zu tragen haben. Doch hätte ein solches Resultat nur dann einen Wert, wenn es auf die Dauer oder wenigstens während längerer Jahre beibehalten werden könnte, die zum Wiederaufbau und zur Tilgung der Kriegskosten notwendig sind. Um dahin zu gelangen, wäre es nötig, die Ursachen der Störungen, denen jede Volkswirtschaft, sei es infolge der Kriegsverschuldung, sei es infolge anderer Kriegsfolgen wie Zerstörungen usw., oder infolge der Handelsentwicklung ausgesetzt ist, zu beseitigen. Man müsste demgemäss sorgfältig das Volkseinkommen eines jeden Landes bestimmen, und unter Abschätzung aller denkbaren Einwirkungen die Parität der nationalen Währung zur Standard-Währung festsetzen. Dabei ist natürlich nicht zu übersehen, dass die Festsetzung dieser Parität in jeder davon betroffenen Wirtschaft unvermeidliche Rückwirkungen auf das Niveau der Preise wie auf das Niveau der Löhne hätte. Auch wäre darüber zu wachen, dass die Verteilung des Kredits zur Anregung der Produktion ausschliesslich nach dem

Gesichtspunkt der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit geschieht. Schliesslich wäre auch an eine Aufteilung oder Angleichung der Wiedergutmachungskosten für die Kriegsschäden zu denken. Wenn es sich bei all diesen Massnahmen auch nur um zeitweilige Lösungen handelt, so wohnt ihnen doch die Tendenz inne, zu einem Dauerzustand zu werden.

Zweifellos wird die «Freiheit» der Nachkriegszeit vielfache Eingriffe erleben. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass unabsehbare Einengungen notwendig werden, um das Chaos zu verhindern. Es genügt daher nicht, dass man Freiheit und Sicherheit verspricht, man muss wissen, in welchem Masse diese unter sich verträglich sind, und was sich hinter den Worten verbirgt. Beispielweise bedingt der freie Zugang zu den Rohstoffen die Erschliessung genügender Absatzmärkte, die den Produktionsmöglichkeiten der betreffenden Länder entsprechen. Wie kann man solche Absatzmärkte sichern? Und wenn eine solche Verteilung beabsichtigt wäre, unter welchen Bedingungen geschähe dies, wer würde für die Regelung und eventuell notwendig werdende Anpassung an die eintretenden Veränderungen zuständig sein. Wird man wenigstens auf dem Gebiete des Aussenhandels versuchsweise zur freien Konkurrenz, zum Wirtschaftsliberalismus, zurückkehren? Aber was würde dann aus den Industrien werden, die sich seit dreissig Jahren im Schatten der Blockade, des Schutzzolls, der Kontingentierungen und Währungsabwertungen entwickelt haben? Sie werden sich anpassen oder sie werden verschwinden, wird man sagen. Jedenfalls würden derartige Umwandlungen, wenn sie rasch und in grossem Massstab zur Verwirklichung kämen, eine solche Erschütterung bewirken, dass sie unvermeidlich soziale Unruhen von gar nicht abzusehendem Umfang zur Folge hätte. Würde die Anpassung umgekehrt stufenweise erfolgen, dann brauchte dies eine sehr lange Zeit.

Nun lässt sich wohl eine Entwicklung denken, die der Notwendigkeit, die Kriegsschäden zu reparieren, Rechnung tragend, die autarkischen Systeme wieder an den Weltmarkt heranführt. Auf diese Weise gelänge man aufs neue zum System regionaler Verständigungen, des organisierten Austausches zwischen Wirtschaften, die sich gegenseitig ergänzen. Aber will man verhüten, dass dies wieder zu territorialen Forderungen, zu Antagonismen und den daraus resultierenden Konflikten führe — die Theorie des Lebensraums ist durchaus nicht neu, — dann müssten diese wirtschaftlichen Verständigungen so beschaffen sein, dass sie den Beteiligten eine ausreichende Versorgung mit Rohstoffen, Lebensmittel usw. sichern. Das liefe auf eine regionale Verteilung der Arbeit und der Produktion, eine Art Grossraum-Autarkie hinaus, die allerdings von den nationalen Autarkiewirtschaften, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte entwickelt haben, sehr verschieden wäre, und die die Herbeiführung eines harmonischen und beständigen Gleichgewichtes erlauben würde. Jedenfalls wäre die Ingangsetzung der-

artiger Systeme, die der Aufteilung der Märkte unter Kartellen analog sein würden, durchaus verwirklichbar, und tatsächlich kann man in massgebenden englischen Kreisen bereits Gedankengänge vernehmen, die sich in dieser Richtung bewegen und nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Fortbildung des Systems der dirigierten Wirtschaft in der Nachkriegszeit vertreten.

Auch die Meinungen darüber, wie der Frieden zu organisieren sei, haben sich gewandelt. Kennzeichnend in dieser Hinsicht ist ein Artikel des «Economist» unter dem Titel «Die Gleichheit internationaler Opfer». Die Vereinigten Nationen würden demzufolge nach errungenem Siege auf die Reparation der Kriegsschäden verzichten, aber sie wären gleichzeitig nicht bereit, der Welt gratis den Frieden zu geben, der von ihnen so teuer erkauft werden musste. In diesem Artikel wird nun die Organisation des Friedens auf der Grundlage des Rechtes und selbst soweit dies möglich ist, auf der Grundlage einer gleichen Lebenshaltung für alle Völker gefordert. Dies deckt sich mit Erklärungen, die der grosse englische Industrielle Lord Perry im Oberhaus gemacht hat. «England», sagte er, «ist zu allen Opfern bereit, um der Welt den Frieden zu geben. Aber alle Länder, die diesem Ideal nachhängen, sollten ebenfalls aufgerufen werden, Opfer hierfür zu bringen. Die königliche Regierung sollte darum ein Programm internationaler Steuern ausarbeiten, die von den besiegten Ländern ebenso zu erheben wären, wie von den Siegern und allen übrigen Nationen (den neutralen Ländern).»

Die Erklärungen des englischen Lords sind namentlich in der Schweiz viel kommentiert worden. Beispielsweise bemerkte die Zürcher «Finanz-Revue» dazu, sie seien, ganz unabhängig von ihrem Ursprung, interessant. Das Programm Lord Perrys zusammenfassend, schält die genannte Zeitung drei Hauptpunkte heraus:

1. Festsetzung von Standard-Lohnsätzen durch eine internationale Kommission.

2. Schaffung eines internationalen Organismus zwecks Herbeiführung einer Einheitswährung in der ganzen Welt.

3. Einsetzung eines Systems internationaler Steuern.

Der erste Punkt zeigt allein schon die ganze Tragweite des Problems, und könnte, wie die «Finanz-Revue» meint, «an den Möglichkeiten der Verwirklichung zweifeln lassen, wenn aus den Erklärungen der Wortführer der Achse selber nicht klar hervorginge, dass man solcher Ideen wegen heute im Kriege liege.»

Der zweite Punkt veranlasst das Zürcher Blatt zu keinen besonderen Bemerkungen. Sicher wird die Frage beträchtliche technische Schwierigkeiten bereiten, die aber nicht unüberwindlich sind.

Was den dritten Punkt angeht, ist die «Finanz-Revue» der Auffassung, «dass eine direkte oder indirekte Erhebung der Steuern von Personen und Unternehmungen nicht in Frage kommen kann.»

Lord Perry selber fasste eine Art «Monopol der Luftschiffahrt» ins Auge, dessen Gewinne nach dem Kriege den Siegern zuzufallen hätten. Das wäre auch etwa die Form, in dem sich das angeregte System internationaler Steuern verwirklichen liesse.

In den Vereinigten Staaten von Amerika scheint man, Erklärungen hoher politischer Persönlichkeiten und des Präsidenten Roosevelt zufolge, mehr an eine Anwendung des «Pacht- und Leihgesetzes» zu denken, um die europäischen Länder instand zu setzen, ihre Währungen wieder auf gesunder Basis herzustellen, und ihnen vor allem den Import der notwendigen Rohstoffe usw. zu ermöglichen. Der englische «Economist» unterstützt diesen Plan. Nach seiner Auffassung würde man dadurch den Leistungen und Opfern jedes interessierten Landes am besten Rechnung tragen können. Nach dem «Economist» habe man keine andere Wahl, als in dieser Weise vorzugehen. Es sei besser, nicht darnach zu fragen, für oder gegen wen jedes Land gekämpft habe, oder ob es neutral geblieben sei, sondern sich allein darum zu sorgen, dass auf gleichen Grundlagen das Zusammenwirken aller Nationen in einem neuen Wirtschaftssystem gesichert werde. Gleichwohl erscheinen insgesamt genommen die Vorstellungen, die man sich in den angelsächsischen Ländern von der Organisation des Friedens macht, noch ausserordentlich unbestimmt, unsicher und widersprüchig.

In dieser Hinsicht erscheinen die Vorstellungen, die man auf der Seite des Dreimächtepakts hat, sicher sehr viel klarer, so weit dies wenigstens den ins Auge gefassten Mechanismus zur Ingangsetzung der Nachkriegswirtschaft betrifft. Was dunkel bleibt, das ist die Frage, zu wessen Gunsten der Mechanismus spielen würde. Zu dieser Ungewissheit gesellt sich eine andere, die noch gravierender ist: diejenige hinsichtlich des territorialen und politischen Statuts der europäischen Länder — speziell der besetzten, und ihrer überseeischen Besitzungen.

Zweifellos steht es der auseinandergerissenen IAO., deren Exekutivorgan, das Internationale Arbeitsamt, in Montreal Zuflucht gesucht hat, nicht zu, ihre Meinung zu den von den Unterzeichnern des Dreimächtepaktes entwickelten Plänen zu sagen. Aber wenigstens sollte sie, da sie ihre Existenz auf die Zustimmung der Massen stützen will, darlegen, wie sie sich die Organisation des Friedens denkt. Nach unserer Auffassung wird diese Organisation mehr die Disziplin als die Freiheit zur Grundlage haben müssen, wobei freilich abzuwarten bleibt, ob die Völker, wenn erst einmal der Krieg zu Ende gegangen sein wird, nicht der Befehle, Gegenbefehle, Weisungen und Direktiven müde sind, und mit aller Macht die Rückkehr zu einem Minimum von Liberalismus verlangen werden. Uebrigens wäre die Rückkehr zu einer verhältnismässig liberalen Wirtschaft nach einer Periode des Uebergangs, die im Hinblick auf die Schaffung eines Minimums von wirtschaftlicher, politischer und sozialer Stabilität notwendigerweise viele Freiheitsbeschränkungen mit sich bringen wird, durchaus denkbar. Mit diesen Ein-

schränkungen sollte man sich während der Wiederaufbau-Periode, die wahrscheinlich von längerer Dauer sein wird, abfinden müssen.

Auf alle Fälle wäre es notwendig, dass die IAO. bekannt gibt, auf welchen Grundsätzen sich die von ihr erwünschte Wirtschaft erheben, und wie sie praktisch errichtet werden soll. Das ist indessen nicht geschehen. Abgesehen von etwa zwanzig Seiten, die im Direktor-Bericht für die Konferenz von 1941 den Zielen gewidmet waren, denen die IAO. zustreben soll, gibt es nichts, was erlaubt, sich eine Meinung darüber zu bilden, mit welchen Mitteln die IAO. die von ihr in Anspruch genommene Mission erfüllen will. Lediglich erfährt man aus dem Bericht über die Londoner Konferenz, dass ein Kredit von einer Million Schweizer Franken zur Bezahlung von 15 wissenschaftlichen Mitarbeitern bewilligt wurde, die beauftragt worden sind, die Politik des Wiederaufbaus nach dem Krieg zu studieren. Das würde immerhin darauf hindeuten, dass die unerlässlichen Erneuerungsvorarbeiten im Gange sind. Mögen die Früchte nicht zu lange auf sich warten lassen. Aber wir wiederholen: es genügt nicht, dass man die Ziele weist, es ist unerlässlich, dass man darlegt, wie und durch welche Mittel man dem verkündeten Ideal näher kommen will, und dass man also wenigstens in grossen Linien die Struktur und die Wirkungsweise des Mechanismus beschreibt, den man spielen lassen will. Das ist eine Grundbedingung, wenn man die Zustimmung der Massen erreichen und diese mit Vertrauen zu dem Werk aufblicken lassen will, das ihnen eine bessere, an Sicherheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit reichere Zukunft sichern soll.»

*

Obige Ausführungen sind so wenig optimistisch, wie es unsere zu Beginn erwähnten eigenen Feststellungen bei der Behandlung dieser Probleme waren. Damit sollen die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft nicht getrübt, jedoch soll ein Gegengewicht gegen den leichten Optimismus geschaffen werden, der heute überall zur Schau getragen wird und der nach einem harten Kriege und den unzähligen Leiden und Enttäuschungen, die uns noch bevorstehen, schlimmere Folgen haben könnte als ein Zuviel an Sachlichkeit. *Wem es um mehr als leichte Zustimmung und gefühlsmässige Sympathien, die auch wir teilen, zu tun ist, muss den Mut haben, die Gegenwart und die nächste Zukunft mit allen ihren Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, wie sie sich von allen Seiten einstellen können, so zu sehen, wie sie sich anzeigen.*

Man mag das Ding drehen, wie man will: Auf alle Fälle kann es ohne Organisation und damit ohne bewusste Beschränkung und Einschränkung nicht abgehen, falls die Welt nicht nach einem kurzen Aufflammen des ersten Friedensgeschäfts einem Chaos ausgeliefert werden soll. Wenn wir auch nicht so naiv sind, zu glauben, dass sich irgendeine Macht oder Mächtegruppe finden wird, die den notwendigen «Mechanismus» zu anderen als ihren eigenen Gunsten spielen lassen wird, so scheint es uns im Gegensatz zu den obigen Ausführungen auf alle Fälle nicht dunkel, zu wessen ausschliesslichen Gunsten der Mechanismus im Falle eines Sieges der Achsenmächte spielen würde. Es ist uns dies von der Achse selber so oft und deutlich gesagt worden, dass die neuern, den veränderten Verhältnissen angepassten Feststellungen, wonach nun plötzlich eine «gemeinsame

Ordnung freier Nationen an Stelle der Bevorrechtung einzelner Völker» treten und das Prinzip der «gleichen Chance für alle» Geltung haben soll, nicht mehr verfangen kann. Anderseits muss allerdings ebenso deutlich gesagt werden, dass die liberaleren und sympathischeren Absichten der Alliierten voll und ganz fehlschlagen würden und die Welt einem sehr schlimmen Los ausgeliefert würde, wenn auf dieser Seite *nicht ernsthaft, bald und gründlich jene Organisation im guten Sinne vorbereitet wird, von der wir im bösen Sinne nichts wissen wollen. Ueber die Methode könnte man sich heute klar sein. Der Unterschied liegt nicht so sehr in ihr, sondern darin, in welchem Geist sie angewandt wird.*

Eine schweizerische Postsparkasse!

Von Fritz Gmür.

In seiner Sitzung vom 19. Februar hat sich das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zugunsten der Schaffung einer schweizerischen Postsparkasse ausgesprochen und die Teilnahme an einem Initiativkomitee zur Förderung dieses zeitgemässen und auf das Volkswohl gerichteten Gedankens beschlossen. Der nachstehende Artikel diente der Diskussion im Bundeskomitee als Grundlage.

I.

« Während rings um uns die Völker einander in ungeheurem Vernichtungskampf bekriegen, errichten wir, die Verwalter der Oase inmitten des Weltbrandes, ein Werk des Friedens und holen wir nach, was andere längst besassen. Das Werk wird unserer Republik zum Segen gereichen. »

Mit diesen Worten appellierte Bundesrat Forrer am 2. März 1917 an die Volksvertreter im Nationalrat, dem Postsparkassengesetz zuzustimmen. Das Postulat zur Einführung einer schweizerischen Postsparkasse war wirklich reif. Sein Werdegang erhellt aus der nachfolgenden, chronologisch knappen Uebersicht:

1881 11. Juni. Der Nationalrat nimmt folgende von Nationalrat Henri Morel, Gerichtspräsident in La Chaux-de-Fonds, am 21. Dezember 1880 eingereichte Motion an:

« Der Bundesrat ist eingeladen, Bericht zu erstatten über den Nutzen, welcher dem Schweizervolke aus der Einrichtung einer Bundes-Sparkasse, welche sämtliche Postbureaus zu Filialen hätte, oder aus der Einführung irgendeines andern Systems, welches die Postbureaus dem Publikum zum Zwecke von Sparkassen-Einlagen zugänglich machte, erwachsen würde. »

1886 Nationalrat Morel und Finanzsekretär Schneider begeben sich im Auftrag des Eidg. Finanzdepartementes nach Brüssel zum Studium der belgischen Postsparkasse, die im Jahre 1870 eingeführt wurde.